



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- › Die Debatte über die Leihmutterschaft zeigt die großen ethischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Vorbehalte auf. Eine Neubewertung der aktuellen Rechtslage wird als dringend erforderlich angesehen. Eine streng regulierte, altruistische Leihmutterschaft kann als Alternative zur kommerziellen Variante diskutiert werden.
- › Die Wissenschaftsfreiheit ist Gefährdungen ausgesetzt durch geopolitische Blockbildung, Kulturkämpfe zwischen links und rechts, ökonomischem Druck und einer verkürzte Vorstellung von Wissenschaft als unmittelbarer politischer Handlungsanweisung.
- › Europa wird im KI-Zeitalter wirtschaftlich, technologisch und politisch herausgefordert durch die USA und China. Mehr Wettbewerb, Risikokapital, ein echter digitaler Binnenmarkt werden gefordert. Im Bildungsbereich verschärft KI bestehende Probleme wie sinkende Basiskompetenzen, soziale Ungleichheit, Prüfungsunsicherheit und mangelnde Leistungsanforderungen, so dass eigenständiges Denken und Qualifikation als zentrale Voraussetzungen für Wohlstand, Innovation und Demokratie stärker gefördert werden müssen.
- › Europa muss angesichts unsicherer transatlantischer Garantien, anhaltender NATO-Konflikte und massiver Belastungen des Völkerrechts verteidigungsfähiger werden.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Leihmutterschaft	2
In der Debatte: Freiheit der Wissenschaft	4
In der Debatte: Künstliche Intelligenz – Bildung und Ausbildung	5
In der Debatte: Sicherheit und Verteidigung	9
Rezensionen	10
Impressum	15

In der Debatte: Leihmutterschaft

Sabine Döring setzt sich in der *FAZ*¹ mit Forderungen nach einer Legalisierung der Leihmutterschaft auseinander. Die Ansicht, dass die freiwillige Zustimmung einer Frau ausreiche, um Leihmutterschaft rechtlich zu legitimieren, sei nicht korrekt. Zwar betone das liberale Menschenbild die individuelle Freiheit, daraus folge jedoch nicht, dass jede Form der Selbstbindung oder jeder Vertrag vom Staat anerkannt werden müsse. Schwangerschaft, Geburt und die geplante Übergabe eines Kindes könnten nicht allein als private Vereinbarungen zwischen Erwachsenen betrachtet werden, da immer auch das Kind als eigenständiger Rechtsträger betroffen sei. Zur Begründung dienten philosophische und rechtliche Traditionen. Sowohl Kant als auch die liberalen Denker Harriet Taylor Mill und John Stuart Mill hätten Grenzen der Selbstverfügung anerkannt. Freiwilligkeit allein mache einen Vertrag nicht automatisch legitim, insbesondere dann nicht, wenn die zukünftige Freiheit der Beteiligten eingeschränkt werde. Leihmutterschaft stehe deshalb vor einem liberalen Dilemma, entweder binde der Vertrag die Schwangere so stark, dass ihre spätere Selbstbestimmung eingeschränkt werde, oder er bewahre ihre Freiheit, verliere dadurch aber seinen eigentlichen vertraglichen Zweck. Ein weiterer Schwerpunkt liege auf dem Kindeswohl. Während bei Adoptionen und Pflegeverhältnissen die Eignung der Eltern umfassend geprüft werde, seien vergleichbare Schutzmechanismen bei Leihmutterschaften oft unzureichend. Grundlegende Fragen zum Wohl des Kindes würden häufig ausländischen Rechtsordnungen und privaten Verträgen überlassen. Deshalb dürfe das Kindeswohl bei einer möglichen Legalisierung nicht schwächer geschützt werden als in anderen familienrechtlichen Bereichen. Darüber hinaus müsse die Leihmutterschaft als Beispiel für die Kommerzialisierung menschlicher Beziehungen diskutiert werden. Unter dem Einfluss von Marktmechanismen könne etwas, das früher als Ausbeutung oder Instrumentalisierung gegolten habe, heute als Dienstleistung oder Ausdruck von Selbstbestimmung erscheinen. Ein Kinderwunsch sei zwar verständlich und schutzwürdig, begründe jedoch keinen Anspruch darauf, dass der Staat Verträge zur Erfüllung dieses Wunsches rechtlich absichere. Die Debatte über Leihmutterschaft könne zudem nicht einfach als Konflikt zwischen Selbstbestimmung und staatlichem Paternalismus verstanden werden. Vielmehr gehe es um grundlegende Fragen von Freiheit, Menschenwürde, Kindeswohl und den Grenzen vertraglicher Verfügbarkeit über menschliches Leben. Freiheit sei mehr als bloße Zustimmung und freiwillige Einwilligung allein stelle keine ausreichende Rechtfertigung für Leihmutterschaft dar.

Karin Christmann blickt im *Tagesspiegel*² auf die ethischen Grenzen der Leihmutterschaft. Zwar sei ein unerfüllter Kinderwunsch ein schweres Schicksal, doch nicht jeder Wunsch könne um jeden Preis realisiert werden. Bei der kommerziellen Leihmutterschaft seien die Belastungen für die austragende Frau sowie die mögliche Instrumentalisierung des Kindes zu gravie-

¹ Sabine Döring, Freiheit des Willens rechtfertigt nicht jede Verfügung, *FAZ*, 3.8.2026.

² Karin Christmann, Leihmutterschaft kann man rechtfertigen – aber nur in einer Form, *Der Tagesspiegel*, 22.7.2026.

rend. Das Kind werde bereits vor der Geburt zum Gegenstand eines Vertrags gemacht, weshalb das Kindeswohl nicht im Mittelpunkt stehe. Anders sei die sogenannte altruistische Leihmutterschaft einzuordnen. In solchen Fällen könne die Motivation tatsächlich in familiärer Verbundenheit und Hilfsbereitschaft liegen, nicht im finanziellen Gewinn. Dennoch werfe auch dieses Modell schwierige Fragen auf, etwa nach der genetischen Herkunft des Kindes, möglichem familiären Druck auf die Leihmutter oder der Gefahr verdeckter Bezahlungen. Es gebe bei der altruistischen Leihmutterschaft keine einfachen Antworten, aber, im Unterschied zur kommerziellen Variante wäre diese durchaus diskussionswürdig.

Die angestoßene Debatte zeige – so *Maria Fiedler* im *Spiegel*³ –, es sei an der Zeit, die widersprüchliche deutsche Rechtslage zur Leihmutterschaft neu zu bewerten und zeitgemäße Regelungen zu schaffen. Zwar sei Leihmutterschaft in Deutschland verboten und werde von der Union abgelehnt, zugleich könnten im Ausland geborene Kinder unter bestimmten Voraussetzungen anerkannt oder adoptiert werden. Wer genug Geld habe, könne das Verbot also faktisch umgehen. Kommerzielle Leihmutterschaft sei abzulehnen, weil dadurch Frauen ausgebeutet und Kinderwünsche zu einem Geschäft gemacht werden könnten. Statt das Problem ins Ausland zu verlagern, sollte man in Deutschland eigene Regeln schaffen, die Ausbeutung verhindern und zugleich Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch neue Möglichkeiten eröffnen würden. Ein denkbarer Weg könne die altruistische Leihmutterschaft sein, also eine Leihmutterschaft ohne finanzielle Motive, etwa innerhalb der Familie oder unter engen Freunden. Sie müsse streng geregelt werden, beispielsweise durch gemeinnützige Einrichtungen, mit Rücktrittsrechten für die Leihmutter und einem Auskunftsrecht des Kindes. Auch über die Legalisierung der Eizellspende müsse nachgedacht werden, da sie vielen Paaren helfen könne und in vielen europäischen Ländern bereits erlaubt sei.

In der *FAZ*⁴ weist *Reinhard Müller* daraufhin, dass die Vermittlung und Herbeiführung von Leihmutterschaft in Deutschland strafbar seien und das Verbot ethisch sowie verfassungsrechtlich begründet werden könne. Zwar sei der Wunsch nach einem Kind nachvollziehbar, doch sei dieses Recht nicht grenzenlos. Da für die Entstehung eines Kindes immer biologische Eltern nötig seien, würden bei einer Leihmutterschaft zwangsläufig weitere Personen einbezogen, insbesondere die austragende Frau und das Kind selbst. Es bestehe die Gefahr, Schwangerschaft und Geburt könnten zu einer käuflichen Dienstleistung werden. Die Leihmutter werde zur Funktion für fremde Wünsche gemacht, das Kind zum Ergebnis eines Auftrags. Auch wenn solche Kinder liebevoll aufwachsen könnten, rechtfertige dies nicht, gezielt Situationen zu schaffen, in denen Mutter und Kind von Beginn an getrennt würden. Es bestehe die Gefahr, dass Staat, Parteien, Kirchen und andere Institutionen ihre eigenen Werte preisgäben. Wer sich auf Menschenwürde, christliche Grundsätze oder die Verantwortung vor Gott und den Menschen berufe, müsse diese Maßstäbe auch in der Debatte über Leihmutterschaft ernst nehmen.

Peter Schallenberg betrachtet in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁵ die Debatte um die Leihmutterschaft aus katholischer Sichtweise. Jeder Mensch besitze von der Empfängnis an eine unveräußerliche Würde und dürfe niemals zum Mittel für die Wünsche anderer werden. Deshalb werde Leihmutterschaft abgelehnt: Es gebe kein Recht auf ein Kind, vielmehr sei jedes menschliche Leben Geschenk und Gabe. Die Leihmutterschaft werde als Verletzung der Würde sowohl des Kindes als auch der austragenden Frau bewertet. Das Kind werde zu einem Objekt des Kinderwunsches, die Frau zu einem Mittel für dessen Erfüllung. Die Gefahr der Instrumentalisierung von Menschen sei groß, da die Leihmutterschaft weltweit rechtlich unterschiedlich geregelt sei. Die katholische Moraltheologie lehne sie daher grundsätzlich ab

³ Maria Fiedler, Schluss mit der Doppelmoral, *der Spiegel*, 24.7.2026.

⁴ Reinhard Müller, Ein Kind um jeden Preis?, *FAZ*, 17.7.2026.

⁵ Peter Schallenberg, Ein Mensch darf kein Mittel zum Zweck sein, *NZZ*, 10.8.2026.

und begründe dies mit der Vorstellung einer von Gott gegebenen, objektiven Menschenwürde, die geschützt und entfaltet werden müsse.

In der Debatte: Freiheit der Wissenschaft

In der *Zeit*⁶ warnt *Patrick Cramer* vor einer zunehmenden Fragmentierung der Wissenschaft in geopolitische Blöcke, die durch politische und wirtschaftliche Interessen insbesondere in den USA und China vorangetrieben werde. Dadurch würden internationale Kooperationen erschwert, Forschungsdaten eingeschränkt und wissenschaftliche Standards politisiert. Um die globale, auf Offenheit, Zusammenarbeit und akademischer Freiheit basierende Wissenschaftskultur zu bewahren, müsse Europa dem Trend zur Blockbildung entgegenwirken, internationale Partnerschaften ausbauen und als Brückenbauer für eine freie und unabhängige Wissenschaft agieren.

Christoph Möllers, Autor des Buches „Autoritäre Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit“, betont im Interview mit der *Welt*⁷, dass westliche Demokratie und Liberalismus untrennbar zusammengehörten: Demokratie brauche rechtsstaatliche Kontrolle, Liberalismus brauche demokratische Verfahren. Autoritäre Bewegungen griffen daher meist nicht die Demokratie offen an, sondern den Liberalismus. Die Verteidigung von Kunst- und Wissenschaftsfreiheit gegen politische, ideologische und ökonomische Vereinnahmung sei dringend geboten. Freiheit bedeute, Ergebnisoffenheit auszuhalten: Wissenschaft müsse auch scheinbar nutzlose Experimente ermöglichen, Kunst dürfe nicht auf demokratische Erbauung reduziert werden. Problematisch sei, dass viele Freiheit nur noch für Positionen einforderten, die sie selbst teilen würden. Die Wissenschaft selbst sei auch in Schwierigkeiten geraten. Ihr moderner Wahrheitsbegriff sei durch methodische Selbstkritik komplexer geworden, zugleich werde sie von außen zunehmend auf Innovation, Nutzen, Diversität oder politische Zwecke verpflichtet. Diversität könne Wissenschaft verbessern, dürfe aber nicht selbst zum obersten Zweck der Wissenschaft werden. Öffentlich geförderte Kunst und Wissenschaft sollten unabhängig von Staat und Markt sein. Die Wissenschaft habe dafür durch Universitäten und Selbstverwaltung stärkere Schutzmechanismen entwickelt als die Kunst. Aber die Lage der Universitäten in Deutschland sei schwierig. Projektabhängigkeit und unsichere Anstellungen schwächten wissenschaftliche Freiheit, während Lebenszeitstellen Kreativität und unabhängige Forschung fördern könnten. Der Föderalismus verschärfe die Probleme, weil viele Länder finanzschwach seien und Universitäten dauerhaft unterfinanziert blieben. Zudem könnten einzelne autoritär regierte Bundesländer durch Blockaden oder den Ausstieg aus Bund-Länder-Finanzierungen erheblichen Schaden am Wissenschaftssystem anrichten. Gegen solche Gefahren gebe es kein einfaches juristisches Rezept, sondern vor allem die Notwendigkeit politischer Mobilisierung.

Peter Strohschneider warnt im Gespräch mit der *Welt*⁸ davor, den autoritären Rechtspopulismus pauschal als wissenschaftsfeindlich zu bezeichnen. Er richte sich nicht gegen die Wissenschaft insgesamt, sondern nutze ausgewählte Themen wie Klimawandel, Impfen oder Kolonialgeschichte, um Kulturkämpfe zu führen und demokratische Institutionen sowie pluralistische Gesellschaften zu delegitimieren. Zu kritisieren sei, dass eine verbreitete Wissenschaftsgläubigkeit in Politik und Öffentlichkeit herrsche. Wissenschaftliche Erkenntnisse würden häufig so dargestellt, als ergäben sich daraus unmittelbar „alternativlose“ politische Entscheidungen. Dabei würden die eigentlichen politischen Zwischenschritte, etwa normative Abwägungen, soziale Folgen und Werturteile, verdeckt. Zahlen und Studien sprächen nicht für

⁶ Patrick Cramer, Die Position: Europa, rette die freie Wissenschaft!, Die Zeit, 9.7.2026.

⁷ Mladen Gladic, „Es ist fatal, weil ein einziges Land genügt, um die ganze Kooperationsstruktur infrage zu stellen“. Fragen an Christoph Möllers, Rektor des Wissenschaftskollegs Berlin, Die Welt 12.8.2026.

⁸ Jan Alexander Casper, „Zu viele sind der Auffassung, dass Zahlen für sich selbst sprechen“. Fragen an den Literaturwissenschaftler Peter Strohschneider, Die Welt, 11.8.2026.

sich selbst, sondern müssten gesellschaftlich interpretiert werden. Diese Fixierung auf „Fak-
tengewalt“ stabilisiere paradoxerweise auch rechtspopulistische Gegenreaktionen: Wer Poli-
tik ausschließlich mit wissenschaftlichem Konsens begründe, mache es Gegnern leicht, genau
diese Wissensgrundlagen anzugreifen. Eine gute demokratische Antwort bestehe daher nicht
darin, bloß auf „die Wahrheit“ zu pochen, sondern offen über Unsicherheiten, Alternativen
und politische Wertentscheidungen zu diskutieren. Weil Wissenschaft heute stark expandiere,
sich immer weiter spezialisieren und durch Digitalisierung sowie KI beschleunigt werde, verliere
sie teilweise ihre frühere Faszination des Außergewöhnlichen und drohe, alltäglich zu werden.
Gleichzeitig hätten heute viel mehr Menschen eigene Erfahrungen mit akademischer Bildung,
was den rechtspopulistischen Vorwurf einer abgeschotteten Wissenschaftselite relativieren
würde.

In der Debatte: Künstliche Intelligenz – Bildung und Ausbildung

Im *Handelsblatt*⁹ zeichnet *Kenneth Rogoff* ein ambivalentes Bild Europas im Zeitalter der Künst-
lichen Intelligenz. Einerseits drohe die EU im globalen KI-Wettlauf gegenüber den USA und
China deutlich zurückzufallen. Hohe Energiekosten, fragmentierte Kapitalmärkte, hohe Steu-
ern, Überregulierung, schwaches Wachstum, alternde Sozialstaaten und steigende Verteidi-
gungsausgaben würden ihre wirtschaftliche Handlungsfähigkeit belasten. Hinzu komme die
Gefahr politischer Instabilität, da populistische Kräfte von links und rechts auf wachsende Kri-
sen reagieren könnten. Andererseits könnten in Europas vermeintlichen Schwächen auch
mögliche Zukunftsstärken liegen. Die europäischen Gesellschaften seien bereits stärker auf
Freizeit, Kultur, Gemeinschaft und Umverteilung ausgerichtet als die USA oder Asien und da-
mit womöglich besser auf eine Welt vorbereitet, in der KI materiellen Überfluss schaffe und
klassische Erwerbsarbeit an Bedeutung verliere. Auch Verbrauchsteuern, Sozialtransfers,
grüne Technologien und das Fehlen mächtiger Tech-Oligarchen könnten sich langfristig als
Vorteile erweisen. Europas größter Beitrag zur KI-Zukunft läge demnach vielleicht nicht darin,
die führenden Systeme zu entwickeln, sondern darin, ein Modell dafür zu liefern, wie Men-
schen in einer von KI geprägten Überfluggesellschaft gut leben und demokratisch regiert
werden könnten. Der Weg dorthin bleibt jedoch unsicher und voller wirtschaftlicher wie poli-
tischer Risiken.

Carl Benedikt Frey warnt in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*¹⁰ davor, dass Europa
durch technologische Abhängigkeit, vor allem von den USA, seine strategische Selbstbestim-
mung verlieren könne. Der Kontinent drohe technologisch zwischen den USA und China zu-
rückzufallen. Wie China im 19. Jahrhundert durch Europas industrielle Überlegenheit ge-
schwächt worden sei, könne Europa heute durch Abhängigkeit von amerikanischer Digital-
KI- und Sicherheitstechnologie an Autonomie verlieren. Besonders deutlich zeige sich das in
der Ukraine, bei der Cloud-Infrastruktur und bei KI-Modellen, auf die Europa keinen verlässli-
chen Zugriff habe. Europa reagiere darauf vor allem mit Subventionen, Verteidigungsausga-
ben, Industriepolitik und großen Konsortien. Solche Maßnahmen könnten zwar kurzfristig hel-
fen, schafften aber kein nachhaltiges Wachstum. Im Verteidigungsbereich profitierten vor
allem etablierte Großkonzerne, während Start-ups kaum zum Zug kommen würden. Dadurch
würde der Wettbewerb geschwächt und Innovationen gebremst. Wirklich revolutionäre Neu-
erungen entstünden oft ungeplant, durch Experimente, Risiken und offenen Wettbewerb. Eu-
ropa habe nach 1945 stark davon profitiert, amerikanische Technologien und Produktionsme-
thoden zu übernehmen. Institutionen wie Bankenfinanzierung, Sozialpartnerschaft,

⁹ Kenneth Rogoff, Europas heimlicher Vorteil im KI-Zeitalter, *Handelsblatt*, 15.7.2026.

¹⁰ Carl Benedikt Frey, Warum Europa gerade so abgehängt wird, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*,
16.8.2026.

Berufsausbildung und staatliche Koordination seien dafür gut geeignet gewesen. Heute aber, da Europa selbst an der technologischen Spitze innovativ sein müsse, wirkten genau diese Strukturen hemmend: zu wenig Risikokapital, starres Arbeitsrecht, hohe Steuern, Bürokratie und Regulierung erschwerten die Kreativität. Der europäische Binnenmarkt bleibe besonders im digitalen Bereich zersplittert. Nationale Sonderregeln, versteckte Handelsbarrieren und EU-Regulierungen erschwerten das Wachstum junger Unternehmen. Gleichzeitig wanderten Talente und erfolgreiche Firmen oft in die USA ab, wo Kapitalmärkte, Skalierung und Risikobereitschaft stärker ausgeprägt seien. Europa müsse seine Verteidigung stärken, aber das ersetze keine Zukunftsstrategie. Entscheidend wäre, Dynamik, Wettbewerb, Risikokapital, unternehmerische Experimente und einen echten digitalen Binnenmarkt zu fördern.

Hinrich Thölken und *Aljoscha Burchardt* werben im *Handelsblatt*¹¹ für eine deutsche bzw. europäische KI-Strategie, die nicht nur Risiken regulieren, sondern auch eine verlässliche Grundversorgung mit KI ermöglichen sollte. Angesichts der Dominanz amerikanischer und chinesischer Anbieter drohten in Europa Datenverluste, geringere Wertschöpfung und wachsende technologische Abhängigkeit. Statt die größten Allzweckmodelle nachzubauen, müssten Deutschland und Europa eigene kleinere und mittelgroße, praxistaugliche Modelle entwickeln, etwa für Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft. Eine solche „Gemein-KI“ könne Datenschutz, Pluralismus, Souveränität und wirtschaftlichen Nutzen verbinden. Dafür würde es jedoch politischen Willen, ein tragfähiges Betreibermodell, den Ausbau europäischer Alternativen und einen realistischen Multi-KI-Ansatz benötigen. Entscheidend sei, dass Europa die KI-Zukunft nicht halbherzig fremden Infrastrukturen überließe, sondern digitale Souveränität selbst aktiv gestalte.

Yuval Noah Harari warnt im *Focus*¹² vor den möglichen Folgen, sollte Künstlicher Intelligenz eine eigene Rechtspersönlichkeit zuerkannt werden. Javier Mileis Plan, in Argentinien nicht-menschliche Unternehmen zu ermöglichen, mache die Gefahr anschaulich, dass KI-Agenten künftig Vermögen besitzen, Geschäfte führen, Mitarbeiter einstellen, klagen oder politische Kampagnen finanzieren könnten, ohne dass ein Mensch direkt verantwortlich wäre. Zwar könnten solche KI-Unternehmen wirtschaftliche Innovation und Wohlstand schaffen, doch zugleich erhielten sie Zugang zu zentralen finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Systemen. Besonders problematisch sei, dass klassische Sanktionen wie Haftstrafen für KI wirkungslos wären und KI-Unternehmen mit überlegenen analytischen Fähigkeiten rechtliche Grauzonen, regulatorische Schwächen oder sogar illegale Wege ausnutzen könnten. Der historische Vergleich mit der Niederländischen Ostindien-Kompanie zeige, wie eine juristische Innovation enorme Macht freisetzen, aber auch Ausbeutung und Herrschaft durch private Akteure ermöglichen könne. Die zentrale Warnung laute daher, Staaten, die KI Rechtspersönlichkeit verleihen würden, könnten nicht zu neuen Zentren wirtschaftlicher Blüte werden, sondern zu „KI-Staaten“, in denen nicht-menschliche Unternehmen faktisch über Menschen herrschten.

In der *Neuen Zürcher Zeitung*¹³ betrachtet *Martin Rhonheimer* kritisch die Enzyklika von Papst Leo XIV., in der gefordert werde, künstliche Intelligenz, Daten, Plattformen und technologische Infrastrukturen als gemeinsame Güter zu verstehen und stärker staatlich zu lenken. Dem gegenüber stehe die Tradition von „*Rerum novarum*“, die Privateigentum nicht als Gegensatz zum Gemeinwohl, sondern als Voraussetzung wirtschaftlicher Wertschöpfung verstanden habe. In der neueren katholischen Soziallehre seit Papst Franziskus gebe es eine problematische Verschiebung hin zu kollektivistischen Vorstellungen. KI dürfe nicht unter

¹¹ Hinrich Thölken / Aljoscha Burchardt, Europa braucht eine souveräne KI – und den Mut, sie zu bauen, *Handelsblatt*, 12.8.2026.

¹² Yuval Noah Harari, Maschinen haben keine Moral, *Focus*, 14.8.2026.

¹³ Martin Rhonheimer, Wo der Papst irrt, *NZZ*, 21.7.2026.

staatliche Verfügung gestellt werden, weil dies Machtkonzentration, Überwachung, Wettbewerbsverzerrung und regulatorische Vereinnahmung durch große Konzerne begünstigen könne. Wichtig seien stattdessen Dezentralisierung, Wettbewerb, Konsumentensouveränität, klare Haftungsregeln und gezielte Verbote missbräuchlicher KI-Anwendungen, anstatt ganze Technologiebereiche politisch-staatlicher Steuerung zu unterwerfen.

Giuseppe Gracia setzt sich in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁴ mit der „Logik des Sachzwangs“ auseinander und blickt dabei auf Peter Thiels Angriff auf Papst Leo XIV., dem er wegen dessen KI-Enzyklika Nähe zu China vorwerfen würde. Im Zentrum des Disputs stehe der Gegensatz zwischen einer rein macht- und wettbewerbsorientierten Sicht auf KI und einer humanistischen Perspektive, die frage, was den Menschen als Leib-Seele-Einheit von Maschinen unterscheiden würde. Während der Papst vor Manipulation, Desinformation und einer Entgrenzung technischer Macht warne und internationale Regulierung fordere, deute Thiel solche Bedenken als Schwäche im geopolitischen Wettlauf mit China. Dies sei ein Beispiel für Sachzwangdenken, denn politische oder technologische Entscheidungen würden als alternativlos dargestellt, wodurch ethische, philosophische und demokratische Debatten verdrängt würden. Diese Logik finde sich nicht nur bei KI, sondern auch in anderen Feldern der Politik wie Klima, Sicherheit, Gesundheit oder Wirtschaft. Zwar gebe es reale Zwänge und geopolitische Bedrohungen, doch dürften sie nicht dazu führen, Kritik und Grundsatzfragen auszuschalten. Die beste Antwort auf eine zunehmende Sachzwanglogik besteht darin, Stimmen zu stärken, die Grundfragen stellen und der Öffentlichkeit Orientierung bieten würden. Friedrich Dürrenmatts Warnung bleibe aktuell: Das moralische Vermögen des Menschen dürfe nicht hinter seinem technischen Können zurückbleiben. Auch eine hochentwickelte, datenreiche Gesellschaft müsse wachsam bleiben, damit sie nicht verlere, über Sinn, Ziele und Alternativen ihres Handelns nachzudenken.

Armin Grunwald erklärt im Gespräch mit dem *Handelsblatt*¹⁵, mit der Künstlichen Intelligenz sei nicht automatisch das Ende der Menschlichkeit gekommen, warnt aber gleichzeitig vor einem Effizienzdenken und Geschäftsmodellen, die menschliche Fähigkeiten wie Urteilskraft, Empathie und Solidarität verdrängen könnten. KI biete große Chancen und werde bereits breit genutzt, könne aber dazu führen, dass Menschen zentrale Fähigkeiten aus Bequemlichkeit oder Zeitdruck nicht mehr selbst ausüben würden. Besonders kritisch sei dies etwa in Medizin, Bildung und Kommunikation, wo Entscheidungen nicht blind an Systeme delegiert werden dürften. Wichtig sei deshalb eine sorgfältige Technikfolgenabschätzung, auch wenn das Innovationstempo hoch sei. Europa müsse bei KI technologisch mitgestalten, um nicht von den USA oder China abhängig und erpressbar zu werden. Zugleich dürfe Fortschritt nicht als alternativlose Entwicklung verstanden werden. Regulierung, etwa bei Social Media für Kinder und Jugendliche, sei notwendig, um menschliche Entwicklung zu schützen. Auch bei globalen Technologieabhängigkeiten, Forschung mit China, kritischer Infrastruktur und Energieversorgung sei mehr Resilienz und vorausschauende Politik notwendig. Technischer Fortschritt habe viel Positives bewirkt, bringe aber neue Probleme hervor, etwa hohen Energieverbrauch, Wasserbedarf von Rechenzentren oder Rohstoffknappheit. Hoffnungserzählungen wie die schnelle Lösung aller Energieprobleme durch Kernfusion seien skeptisch zu betrachten. Fortschritt bleibe notwendig, müsse aber politisch, ethisch und gesellschaftlich gestaltet werden, damit der Mensch nicht zum bloßen Anhängsel technischer Systeme werde.

Matthias Buschmeier und *Kai Kauffmann* machen in der *FAZ*¹⁶ darauf aufmerksam, dass der zunehmende Einsatz von KI durch Studierende die Hochschulen vor erhebliche prüfungsrechtliche, didaktische und institutionelle Herausforderungen stelle. Während es einerseits

¹⁴ Giuseppe Gracia, Die Tyrannei der Alternativlosigkeit, NZZ, 15.7.2026.

¹⁵ Daniel Delhaes, „KI-Systeme sind letztlich Parasiten“. Fragen an den Philosophen Armin Grunwald, Handelsblatt, 12.8.2026.

¹⁶ Matthias Buschmeier / Kai Kauffmann, Gegen die kognitive Kapitulation, FAZ, 15.7.2026.

Chancen für Lehre und Kompetenzentwicklung gebe, fehlten vielerorts klare Regeln, angepasste Prüfungsordnungen und verlässliche Verfahren im Umgang mit dem Täuschungsverdacht. Besonders problematisch sei, dass viele Fälle unerlaubter KI-Nutzung offenbar ungeahndet bleiben oder aus Angst vor juristischen Auseinandersetzungen nicht konsequent verfolgt würden. Gefordert seien daher klare, möglichst einheitliche Rahmenbedingungen, die sowohl einen reflektierten Umgang mit KI ermöglichen als auch eigenständiges Denken, wissenschaftliche Kreativität und die Aussagekraft akademischer Prüfungen schützen würden.

Klaus Zierer erklärt im Interview mit der *Welt*¹⁷, Deutschland befinde sich in einem Bildungsnotstand, der zu einem ernststen Risiko für Wirtschaft, Innovation und Demokratie werden könne. Da Deutschland kaum Rohstoffe habe, seien Bildung, Leistungsfähigkeit und Anstrengungsbereitschaft die wichtigste Grundlage für Wohlstand. Sinkende Leistungen in Studien wie Pisa stünden im Widerspruch zu immer besseren Abiturnoten, die eine Folge nachlassender Anforderungen seien. Ein überfordertes Bildungssystem durch unzureichend begleitete Migration, eine problematische Digitalisierung mit Ablenkung und Konzentrationsverlust sowie eine Bildungspolitik, die Gleichheit zu stark über Leistung stelle, seien die Ursachen. Kritisch sei der unreflektierte Einsatz von KI zu sehen, weil dadurch eigenes Denken, Anstrengung und echte Bildungsprozesse verloren gehen könnten. Es müsse dringend mehr Fokus auf Basiskompetenzen, Sprache, Leistungsanspruch und Chancengerechtigkeit statt Ergebnisgleichheit gelegt werden. Bildung müsse Menschen befähigen, selbstständig zu denken, Verantwortung zu übernehmen und demokratisch urteilsfähig zu bleiben. Sinkende Bildung gefährde daher nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Thomas Sigmund merkt kritisch im *Handelsblatt*¹⁸ an, dass die hohe Zahl junger Menschen ohne Ausbildung oder Beschäftigung ein erhebliches Problem für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft darstelle. Bildung werde als wichtigste Ressource eines rohstoffarmen Landes angesehen, doch die Leistungen deutscher Schüler würden laut Bildungsstudien nur im Mittelfeld liegen. Besonders der Mangel an naturwissenschaftlichen Kompetenzen gefährde Innovation, Produktivität und Wachstum. Während intensiv über längere Lebensarbeitszeiten diskutiert würde, werde zu wenig Aufmerksamkeit auf junge Menschen ohne Abschluss oder Arbeit gerichtet. Stärkere Investitionen in Bildung und Qualifikation seien daher unerlässlich, da gut ausgebildete Menschen entscheidend für den Erhalt des Wohlstands seien.

Im Gespräch mit der *WirtschaftsWoche*¹⁹ erklärt Ludger Wößmann, er erwarte für Deutschland schwache Pisa-Ergebnisse, da das Bildungsniveau seit Jahren sinke und die Pandemie Lernlücken verschärft habe. Ursachen seien neben Veränderungen in der Schülerschaft vor allem der verlorene Fokus auf Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen sowie große soziale Bildungsungleichheiten. Frühe Sprachtests und gezielte Förderung nach dem Vorbild Hamburgs seien dringend erforderlich, denn bessere Bildung sei entscheidend für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Künstliche Intelligenz könne beim Lernen helfen, berge aber auch Risiken, da sie eigenständiges Denken schwächen könne, wenn Schülerinnen, Schüler oder Studierende Inhalte nur noch abrufen würden, statt sie zu verstehen. Deshalb müssten Schulen und Hochschulen stärker auf Verständnis, Problemlösung und mündliche Prüfungen setzen. Auch für ältere Beschäftigte könne KI nützlich sein, wenn sie Weiterbildung unterstütze und Menschen ihre Kompetenzen regelmäßig nutzten.

Christine Brinck setzt sich in der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁰ mit dem Rückgang des Lesens in Europa und den USA auseinander und warnt den Folgen für Bildung, Denken und Demokratie.

¹⁷ Sabine Menkens, „Wir beobachten einen regelrechten Sturzflug bei den Lernleistungen“. Fragen an den Erziehungswissenschaftler Klaus Zierer, *Die Welt*, 4.8.2026.

¹⁸ Thomas Sigmund, Verblödung macht arm, *Handelsblatt*, 18.8.2026.

¹⁹ Bert Lasse, „Nichts geht ohne Lesen und Rechnen“. Fragen an den Bildungsforscher Ludger Wößmann, *WirtschaftsWoche*, 7.8.2026.

²⁰ Christine Brinck, Wer liest, denkt kritischer, *NZZ*, 15.8.2026.

Während Lesen früher, nicht zuletzt durch die Bibel, eine zentrale Kulturtechnik gewesen sei, würden heute viele Menschen kaum noch Bücher lesen. Historisch seien Lesen und Schreiben entscheidend für sozialen Aufstieg, Wissensvermittlung und gesellschaftlichen Fortschritt gewesen. Die Erfindung des Buchdrucks habe Alphabetisierung, selbstständiges Denken, und die Demokratisierung gefördert. Bücher hätten es Menschen erstmals ermöglicht, Informationen unabhängig von staatlicher oder religiöser Kontrolle zu prüfen. Heute werde das Lesen durch Smartphones, soziale Medien und digitale Inhalte verdrängt. Digitale Texte würden oft nur überflogen, was Konzentration, Textverständnis und kritisches Denken schwäche. Die Ursachen lägen nicht nur bei den Jugendlichen, sondern auch im Bildungssystem begründet, das Lesen und Schreiben weniger intensiv fördere. Lesen sei unverzichtbar für das selbstständige Denken, die geistige Entwicklung und die Fähigkeit, Wahrheit von Mythen und Falschinformationen zu unterscheiden. Lesen bleibe weiterhin der Schlüssel zum eigenen Denken und Verstehen der Welt.

In der Debatte: Sicherheit und Verteidigung

Elliot Neaman merkt in der *Welt am Sonntag*²¹ an, der NATO-Gipfel in Ankara sei als Wendepunkt für Deutschland und Europa zu verstehen, weil er sichtbar gemacht habe, dass die transatlantische Sicherheitsordnung nicht mehr selbstverständlich auf verlässlichen Garantien aus Washington beruhen könne. Im Zentrum stehe weniger Donald Trumps Rhetorik als ein genereller struktureller Wandel. Bündnisse würden zunehmend als situationsabhängige Instrumente behandelt, Vertrauen erodiere und strategische Volatilität werde selbst zum politischen Machtmittel. Man könne eine historische Parallele zum späten Kaiserreich vor 1914 ziehen, als erratische Machtpolitik, brüchige Bündnisse und Eskalationsdynamiken Europa in eine gefährliche Instabilität führten. Für Deutschland müsse daraus die Notwendigkeit folgen, europäische Verteidigungsfähigkeit eigenständiger, gemeinsamer und realistisch auszugestalten, ohne die USA pauschal abzulehnen. Berlin sollte die Kooperation mit Washington dort fortsetzen, wo gemeinsame Interessen bestünden, zugleich aber klare Bedingungen formulieren und europäische Sicherheit nicht länger von wechselnden politischen Stimmungen im Weißen Haus abhängig machen. Daher sei „eine neue Form bismarckscher Realpolitik“ dringend erforderlich.

Im Interview mit der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*²² verteidigt *Hendrik Simon*, Autor des Buches „Das Recht der Gewalt. Warum Waffen allein keinen Frieden schaffen“, die Bedeutung des Völkerrechts trotz der aktuellen internationalen Krisen und Kriege. Das Völkerrecht stehe massiv unter Druck, etwa durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, Gewalt in Gaza oder andere bewaffnete Konflikte, aber es sei vorschnell vom „Ende des Völkerrechts“ zu sprechen. Entscheidend bleibe, dass das Völkerrecht weiterhin zwischen legaler und illegaler Gewalt unterscheide, auch wenn es nicht immer durchgesetzt werden könne. Gerade Deutschland dürfe sich nicht von einer konsequenten Völkerrechtspolitik lösen, da es keine Großmacht sei und international auf Glaubwürdigkeit, Vertrauen und regelbasierte Ordnung angewiesen bleibe. Doppelstandards, etwa bei der Bewertung von Angriffskriegen oder militärischen Interventionen, schadeten Deutschlands Ansehen und schwächten das Völkerrecht. Die gegenwärtigen „Zeitenwende“-Debatte sei kritisch zu betrachten. Es sei nachvollziehbar, dass Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit und Aufrüstung diskutiert würden, allerdings dürften Friedensperspektiven nicht zu kurz kommen. Sicherheit und Frieden dürften

²¹ Elliot Neaman, Von Bismarck lernen, *Welt am Sonntag*, 19.7.2026.

²² Helene Röhsch, „Nicht der Pazifismus ist naiv, sondern der Militarismus“. Fragen an den Politikwissenschaftler Hendrik Simon, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 12.7.2026.

nicht gegeneinander ausgespielt werden. Aufrüstung könne zwar die eigene Sicherheit erhöhen, zugleich aber Unsicherheit bei anderen Staaten erzeugen. Deshalb brauche es neben militärischer Verteidigungsfähigkeit auch langfristige diplomatische Strategien für eine stabile Friedensordnung in Europa. Zudem gebe es unterschiedliche Formen des Pazifismus. Ein absoluter Pazifismus lehne jede Gewalt ab, während ein rechtlicher Pazifismus Gegengewalt dann für legitim halte, wenn sie völkerrechtlich begründet sei. Im Fall der Ukraine sei Selbstverteidigung völkerrechtlich eindeutig legitim, ebenso wie politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung. Hier könne man auf Bertha von Suttner verweisen, die bereits im 19. Jahrhundert vor Militarismus, Krieg und gesellschaftlicher Zerstörung gewarnt habe. Ihr Beispiel zeige, dass nicht der Pazifismus naiv sei, sondern vielmehr der Militarismus, der Krieg verharmlose oder verkläre. Eine differenziertere Debatte über Krieg, Frieden und Sicherheit sei wichtig, die Gegenüberstellung von „Friedensträumern“ und „Kriegstreibern“ sei unproduktiv. Stattdessen müsse man Grautöne zulassen: Europa müsse verteidigungsfähig werden, dürfe dabei aber die Friedenslogik nicht zugunsten einer reinen Sicherheitslogik aufgeben, denn „Sicherheit ohne Frieden ist dauerhaft nicht möglich“.

Florence Gaub und Jonathan Heist merken im *Spiegel*²³ an, die NATO werde zwar regelmäßig als zerstritten oder sogar „tot“ beschrieben, Krisen hätten aber seit ihrer Gründung 1949 zu ihrem Normalzustand gehört. Die Konflikte würden meist zwei Mustern folgen: Streit über Verteidigungsausgaben und Uneinigkeit über Militäreinsätze außerhalb des Bündnisgebiets. Schon früh hätten die USA den Europäern vorgeworfen, zu wenig für ihre eigene Verteidigung zu tun, während die Europäer sich auf den amerikanischen Schutzschirm verlassen würden. Diese Debatte habe sich über Jahrzehnte wiederholt, vom Kalten Krieg bis zum Zwei-Prozent-Ziel und zur aktuellen Aufrüstung nach Russlands Angriff auf die Ukraine. Die zweite dauerhafte Konfliktlinie betreffe Einsätze außerhalb des eigentlichen NATO-Gebiets, etwa Suez, Algerien, Vietnam, Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien, Iran oder die Ukraine. Immer würden die Verbündeten darüber streiten, welche Bedrohungen relevant seien und ob gemeinsame Interessen auch jenseits der vertraglichen Beistandspflichten bestünden. Trotz schwerer Spannungen habe die NATO diese Krisen jedoch stets überstanden. Die aktuelle Lage verbinde diese beiden Probleme: Die USA zweifelten offen an der europäischen Lastenteilung, zugleich seien die Verbündeten uneins über globale Bedrohungen wie China, Iran oder die Ukraine. Dennoch sei die NATO nicht am Ende, denn ihre Stärke liege gerade darin, Konflikte auszuhalten und immer wieder Kompromisse zu finden. Entscheidend sei nicht, dass die NATO streite, sondern dass ihre Mitglieder sie weiterhin für nützlich halten würden und ein Interesse daran hätten, die Streitigkeiten beizulegen.

Rezensionen

Ute Daniel betrachte in ihrem Buch **Im Zwischenreich. Eine Geschichte der Weimarer Republik 1918 bis 1933** das Scheitern des Staates und biete am Ende auch Ratschläge für alle, die von „Weimarer Verhältnissen“ sprächen, an, konstatiert Robert Probst in der *Süddeutschen Zeitung*²⁴: „Am Ende arbeitet Daniel drei wichtige Parallelen zwischen damals und heute heraus, zeigt aber auch klar die Unterschiede auf. Und sie endet – ungewöhnlich für ein Geschichtsbuch – mit sieben Tipps für die politische Praxis.“

„Das Buch zeigt beispielhaft wie tief bis heute die Familien von Tätern in die Traumata dieser Zeit verstrickt sind, wie schwer es auch der dritten und vierten Generation fällt, über

²³ Florence Gaub / Jonathan Heist, Die NATO ist stabiler, als viele glauben, *Der Spiegel*, 17.7.2026.

²⁴ Robert Probst, Zu wenig Geld, zu viel Gewalt, *SZ*, 3.8.2026.

Schuld und Verantwortung zu reden und zu reflektieren“ merkt *Robert Leicht* in der *Süddeutschen Zeitung*²⁵ über **Hitlers Gefolgsmann. Robert Ley – mein Großvater, der Kriegsverbrecher** von **Axel Spilcker** an.

Andreas Meyhoff weist im *Spiegel*²⁶ auf die von **Rüdiger Zimmermann** verfasste Biografie **Willi Buisson (1892–1940). „...einer der gefährlichsten Feinde des national-sozialistischen Deutschlands“** hin, in der „das Bild eines Mannes, der sich den Nationalsozialisten kompromisslos entgegenstellte, weil er früh voraussah, was sie anrichten würden“ nachgezeichnet werde.

In seinem Buch **Gewalt und Untergang. Die Wehrmacht in Ostpreußen 1944–1945** habe **Bastiaan Willems** „die Rolle der Wehrmacht im Osten in den finalen Monaten des Zweiten Weltkriegs in einer beeindruckenden, quellenreichen Studie untersucht“ und dabei – trotz der Konzentration auf Ostpreußen – Erkenntnisse gewinnen könnten, die zeigten – so *Florian Keisinger* in der *Süddeutschen Zeitung*²⁷ –, „das nationalsozialistische Feindbild richtete sich nun gegen Teile der eigenen Gesellschaft“.

In der *FAZ*²⁸ merkt *Frederik Orłowski* an, der von **Matthias Jestaedt, Anna-Bettina Kaiser, Angelika Nußberger** und **Andreas Voßkuhle** herausgegebene Sammelband **Der Blick von außen. A view from outside** zeige, wie sehr das Bundesverfassungsgericht auch international geschätzt werde.

Frank Bösch weist in der *FAZ*²⁹ auf den von **Nicole Garretón, Johannes Jansen** und **Alina Marktanner** herausgegebenen Sammelband **Zum Umgang mit der deutschen Kolonialvergangenheit** hin, der die Ergebnisse einer Tagung zusammenfasse und damit ein „interessantes Zwischenfazit“ liefere.

Jan Gerber zeige in seinem Buch **Fluchtpunkt Entebbe. Der linke Terrorismus und Israel** auf, „wie aus dem Antizionismus der 68er-Generation radikale antisemitische Praxis“ geworden sei, merkt *Ralf Balke* in der *Jüdischen Allgemeinen*³⁰ an.

René Wildangel befasst sich in der *Süddeutschen Zeitung*³¹ mit zwei Publikationen, die die Frage, wie deutsche Medien und Politiker mit dem Gaza-Krieg umgingen, in den Blick nehmen würden: **Staatsräson nach Gaza. Das deutsch-israelische Verhältnis und das Völkerrecht** von **Kai Ambos** und **Staatsräsonfunk. Deutsche Medien und der Genozid in Gaza** von **Fabian Goldmann**.

Andreas Rödder konstatiert bei *Geschichtsbewusst*³² über **Spaltungslinien. Europas Parteiensysteme und die Dekonsolidierung des Nationalstaats** von **Philip Manow**, der Autor interpretiere den neurechten Populismus als Reaktion auf die europäische Integration und die politische Mitte, die nationale Handlungsspielräume eingeschränkt und den politischen Wettbewerb geschwächt habe.

„Es gehört daher, so kann man Hösles Anliegen wohl zusammenfassen, zu der Verantwortung nicht nur von Politologen, Philosophen und Intellektuellen, dem Liberalismus nicht den Totenschein auszustellen, sondern sich für seine Grundwerte einzusetzen“ bilanziert *Alexander Grau* im *Cicero*³³ über **Warum wir den Liberalismus reformieren müssen, statt ihn aufzugeben** von **Vittorio Hösle**.

²⁵ Robert Leicht, Großvater, Großverbrecher, SZ, 13.7.2026.

²⁶ Andreas Meyhoff, Ein Apotheker gegen Hitler, Der Spiegel, 14.8.2026.

²⁷ Florian Keisinger, Rückzug der Radikalisierten, SZ, 3.8.2026.

²⁸ Frederik Orłowski, Karlsruhe als deutscher Exportschlager, FAZ, 11.8.2026.

²⁹ Frank Bösch, Der Schutz der Serengeti ging vor, FAZ, 21.7.2026.

³⁰ Ralf Balke, Entebbe und kein Ende, Jüdische Allgemeine, 2.7.2026.

³¹ René Wildangel, Die falsch verstandene Staatsräson, SZ, 20.7.2026.

³² Andreas Rödder, Spaltungslinien. Europas Parteiensysteme und die Dekonsolidierung des Nationalstaats, Geschichtsbewusst, 6.8.2026.

³³ Alexander Grau, Der Liberalismus darf nicht scheitern, Cicero, 31.7.2026.

„Damit die liberale Demokratie eine Zukunft hat, muss sie die nationale Identität stärken, ohne illiberal zu werden“, laute die These von **Francis Fukuyama** in seinem Buch **Der letzte Mensch. Wohin steuert die Welt?**, auf das *Thomas Speckmann* in der *FAZ*³⁴ hinweist.

Christian Strecker betrete mit dem in seinem Buch **Ohne Koalitionskorsett und Brandmauern. Wie flexible Mehrheiten die Demokratie stärken** beschriebenen Ansatz „Neuland“, berücksichtige aber „zu wenig das Gewicht des hiesigen, stark am Westminstermodell ausgerichteten Politikverständnisses“, dennoch – so *Eckhard Jesse* in der *Welt*³⁵ – sei das „dicht geschriebene Buch aufgrund seiner Originalität durchaus von Belang“.

In der *Financial Times*³⁶ befasst sich *Martin Wolf* mit dem Buch **What Happened to Liberal Democracy? Remaking a Politics of Shared Prosperity** von **Daron Acemoglu**, das hochaktuell sei, zum Nachdenken anrege und darauf aufmerksam mache, dass hart erkämpfte Freiheiten auf dem Spiel stünden.

„**Hans-Jürgen Papier** ist zu einem wichtigen Stichwortgeber konservativer Politik geworden. Geradezu virtuos gelingt es ihm bisweilen, seine – im Kern eigentlich politischen – Argumente aufzuwerten, indem er sie mit grundgesetzlichen Erwägungen verwebt“ konstatiert *Wolfgang Janisch* in der *FAZ*³⁷ über **Unantastbar. Warum ein starkes Bundesverfassungsgericht über die Zukunft von Demokratie und Freiheit entscheidet**.

„Wenn man eher unvertraut mit der Debatte ist, wird man dieses informierte Buch sicher mit Gewinn lesen können. Dass man nun aber bei Davies etwas nachlesen könnte, was man nicht schon längst woanders finden konnte – diese Hoffnung sollte man sich nicht machen“, merkt *Philip Manow* in der *FAZ*³⁸ über **The Great Realignment. Why the New Right is Here to Stay** von **Stephen Davies** an.

„Es wäre dringend geboten, das von Behrisch vorgestellte Modell des Wettbewerbs über den von ihm untersuchten Zeitraum (von der Frühen Neuzeit bis in das beginnende 19. Jahrhundert) hinaus fortzusetzen“ merkt *Marcus Llanque* in der *FAZ*³⁹ zu **Democracy's Double Helix. Participation, Equality and Revolution in Early Modern Europe** von **Lars Behrisch** an.

Agnes Poirier konstatiert im *Telegraph*⁴⁰, mit seinem Buch **The Dark Side of France. Thirteen Chapters in the History of the French Far Right** sei es **Enda O'Doherty** geglückt, eine kenntnisreiche und gut zugängliche Einführung in die französische extreme Rechte zu geben, die ihre zentralen Mythen, Feindbilder und politischen Kontinuitäten nachzeichne und deren Einfluss auf das heutige Europa verständlich mache.

Volker Depkat sei es mit seinem Buch **Die amerikanische Revolution** gelungen, „den gesamten Vorlauf, den Verlauf und die Geschichte nach der Revolution sowie die Folgen für die Welt auf 128 Seiten gekonnt“ zusammenzufassen konstatiert *Michael Hesse* in der *Frankfurter Rundschau*⁴¹.

Bei *Law&Liberty*⁴² befasst sich *George Hawley* mit **Making the Liberal Media. How Conservatives Built a Movement Against the Press** von **A. J. Bauer**, der ergründe, wie sich die Abneigung der amerikanischen Konservativen gegen die Mainstream-Medien entwickelt habe: „Bauer makes the intriguing argument that the right's war on the media followed a battle plan that was initially developed by the left.“

³⁴ Thomas Speckmann, Das Ende der Geschichte geht weiter, *FAZ*, 4.8.2026.

³⁵ Eckhard Jesse, Das Prinzip „Koalition“ – und was falsch daran sein könnte, *Die Welt*, 30.7.2026.

³⁶ Martin Wolf, Is it too late to save liberal democracy?, *Financial Times*, 12.8.2026.

³⁷ Wolfgang Janisch, Stichwortgeber der Konservativen, *FAZ*, 17.8.2026.

³⁸ Philip Manow, Ich sehe was, was ihr nicht seht, *FAZ*, 23.7.2026.

³⁹ Marcus Llanque, Wer mitmachen darf, ist noch lange nicht gleichberechtigt, *FAZ*, 4.8.2026.

⁴⁰ Agnes Poirier, The moral sickness eating away at France's heart, *The Telegraph*, 5.7.2026.

⁴¹ Michael Hesse, Schlachtfeld der Kulturkriege, *Frankfurter Rundschau*, 14.7.2026.

⁴² George Hawley, The Last Conservative Consensus, *Law&Liberty*, 14.8.2026.

Mit **Wie stark ist Russland wirklich? Die Wahrheit über Putins Militärmacht** sei es **Matthias Uhl** gelungen, „ein sehr lesenswertes Buch über die russische Streitmacht“ vorzulegen, urteilt *Reinhard Vesper* in der *FAZ*⁴³.

Åsne Seierstad habe mit ihrem Buch **Never Say War: Life Inside Russia**, ein journalistisches Buch geschaffen, das über den Journalismus hinausgehe, Reportagen mit Kulturgeschichte verbinde und anschaulich mache, wie es sich wirklich anfühle, in Putins Russland zu leben – so *Matthew Janney* in der *Financial Times*⁴⁴.

Hartmut Bergerhoff habe mit **Trügerischer Wohlstand. Eine Wirtschaftsgeschichte der Berliner Republik seit 1990** „eine material- und detailreiche Wirtschaftsgeschichte der ersten drei Jahrzehnte der Berliner Republik vorgelegt“, urteilt *Gerald Braunberger* in der *FAZ*⁴⁵.

„Das Buch selbst ist jedoch gut lesbar, der Autor verbindet biographische Details zu den Autoren mit knappen historischen Rahmenanalysen, in die die zumeist prägnant vorgestellten Konzepte eingelagert werden“ stellt *Werner Plumpe* in der *FAZ*⁴⁶ über **Der Kapitalismus und seine Kritiker. Eine Geschichte von der Industriellen Revolution bis zur Künstlichen Intelligenz** von **John Cassidy** fest.

„Höffes Mixtur aus Provokation, Differenzierung und Vermittlung hat Charme. Dass er auf Themen wie die wettbewerbsfremde Logik der Netzwerkökonomie, die Erzeugung von Süchten als Geschäftsmodell oder die Möglichkeit kognitiver Entmündigung durch KI allenfalls am Rande eingeht, offenbart allerdings Lücken in seinem Bausatz zur Beantwortung der Frage nach der gerechten Wirtschaft“ konstatiert *Achim Brosch* in der *FAZ*⁴⁷ über **Der gierige Staat. Bausteine für eine gerechte Wirtschaft** von **Otfried Höffe**.

Johannes Greß stellt in der *taz*⁴⁸ fest, **Kohei Saito** wechsle in seinem Buch **Am Ende des Fortschritts. Überleben in den Ruinen des Kapitalismus** „über weite Strecken zwischen dystopisch und apokalyptisch“ und es mangle „seiner Problemdiagnose stellenweise an analytischem Feingefühl“.

„Mut machen ist gut, wichtig und richtig. Aber wenn man die Schmerzen der Transformation so sehr negiert wie **Claudia Kemfert**, muss man sich nicht wundern, wenn sich manche Leser in ihren Sorgen nicht ernst genommen fühlen“, bilanziert *Hanna Decker* in der *FAZ*⁴⁹ über **Kurzschluss – Wie wir unsere Energiezukunft verspielen**.

Thomas Speckmann stellt in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁵⁰ zwei Bücher vor, die anschaulich darstellten, „wie die ersten globalen Unternehmen der Geschichte zu Kolonialmächten“ werden konnten: **Anarchie. Der verhängnisvolle Aufstieg der East India Company 1600–1874** von **William Dalrymple** sowie **Die Jagd nach der Muskatnuss. Aufstieg und Fall der Ostindien-Compagnie 1602–1798 oder Wie im Goldenen Zeitalter der Kapitalismus** begann von **Christian Schüle**.

Meredith Haaf stellt in der *Süddeutschen Zeitung*⁵¹ über **Arm aber sexy. Die Geschichte Berlins seit 1990** von **Stefan Wolle** fest: „Gerade Wessis ohne eigene Wende-Erfahrung können bei Wolle viel Neues erfahren.“

⁴³ Reinhard Vesper, Bis an die Zähne mit Propaganda bewaffnet, *FAZ*, 21.7.2026.

⁴⁴ Matthew Janney, Never Say War – ‘the best soldier is one nobody will miss’, *Financial Times*, 15.8.2026.

⁴⁵ Gerald Braunberger, Die Wirtschaft der Berliner Republik, *FAZ*, 10.8.2026.

⁴⁶ Werner Plumpe, Wo Kritik ist, lässt sich was verdienen, *FAZ*, 15.7.2026.

⁴⁷ Achim Brosch, Versuch's mal mit Gerechtigkeit, *FAZ*, 14.8.2026.

⁴⁸ Johannes Greß, Klimakollaps und Endzeitfaschismus, *taz*, 18.7.2026.

⁴⁹ Hanna Decker, Schöngefärbte Energiewende, *FAZ*, 17.8.2026.

⁵⁰ Thomas Speckmann, Aus Händlern werden Eroberer, *NZZ*, 14.7.2026.

⁵¹ Meredith Haaf, Warum so arm, warum so unsexy?, *SZ*, 13.7.2026.

Colin Kidd habe mit **Twilight of the Dons: British Intellectuals from World War II to Thatcherism** eine faszinierende neue Geschichte über das intellektuelle Leben an den Universitäten Oxford und Cambridge und dessen Niedergang in der Ära von Margaret Thatcher vorgelegt, merkt *Tristram Hunt* in der *Financial Times*⁵² an.

„Insgesamt besticht die Autobiografie durch ihre Nüchternheit der Darstellung, weit entfernt von eitler Selbstbespiegelung oder der Schlüsselloch- oder Kammerdienerperspektive dieses Textgenres, auch wenn es um die elterlichen oder eigenen Familien- beziehungsweise Beziehungsverhältnisse geht. Nicht zuletzt ist das ein politisch lohnendes und aufklärendes Buch“ merkt *Rudolf Walter* in der *Süddeutschen Zeitung*⁵³ über **Sich ändern, um sich treu zu bleiben. Erinnerungen und Begegnungen** von **Peter Brandt** an.

„Zum Jubiläum der Bayreuther Festspiele kann der Opernforscher **Stephan Mösch** selbst eingefleischte Wagnerianer mit Geheimnissen überraschen“, konstatiert *Manuel Brug* in der *Welt*⁵⁴ über **Bayreuth als Theater. Auf dem Weg zu einer Festspielgeschichte**.

Mit **Odysseus. Mythos und Wahrheit** sei es **Raimund Schulz** gelungen – so *Michael Hesse* in der *Frankfurter Rundschau*⁵⁵ – ein „grandioses Buch“ vorzulegen.

Das Buch **Versunkene Welten. Ruinenstädte in der Antike von Troja bis Pompeji** von **Martin Zimmermann** biete „eine interessante Alternative zum konservierenden Umgang der Moderne mit der Vergangenheit“, konstatiert *Clemens Klünemann* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁵⁶.

⁵² Tristram Hunt, *Twilight of the Dons – the decline of Britain’s powerful Oxbridge elite*, *Financial Times*, 15.7.2026.

⁵³ Rudolf Walther, *Mehr als nur ein Sohn von Willy*, *SZ*, 10.8.2026.

⁵⁴ Manuel Brug, *Neues aus der „Nibelungenkanzlei“*, *Die Welt*, 14.7.2026.

⁵⁵ Michael Hesse, *Nicht eine Schramme trägt er davon*, *Frankfurter Rundschau*, 22.7.2026.

⁵⁶ Clemens Klünemann, *Ruinen als Motor der Entwicklung*, *NZZ*, 23.7.2026.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)